

KULTUR PROGRAMM

der Alternative für Deutschland in Rheinland-Pfalz

Positionen des AfD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz
und der rheinland-pfälzischen AfD-Fraktion



AfD-Fraktion
im Landtag *Rheinland-Pfalz*

KULTURPROGRAMM

Verabschiedet am 23. Juni 2017

PRÄAMBEL

Die Kultur umfasst alle menschlichen Lebensfelder. Sie durchdringt und prägt fortwährend nicht nur ihre ureigenen Teilbereiche wie die Sprache, die Musik, Literatur, Philosophie, Kunst und Architektur, sondern auch andere zentrale Politikgebiete wie Wirtschaft, Rechtsprechung, Technik, Medien, Geldwesen, Tourismus oder Verkehr.

Das von verschiedensten Völkern, Nationen und historisch gewachsenen Großräumen verkörperte kulturelle Leben rund um unseren Globus ist außerordentlich reichhaltig. Auch in Zeiten erdumspannender Vereinheitlichungsprozesse („Globalisierung“, „Digitalisierung“) vor allem im Mediensektor sowie im Finanz- und Verkehrswesen findet es erkennbar seine Grenzen in den multipolaren ethno-kulturellen Gegebenheiten. Eine universale Welteinheitsgesellschaft ist deshalb nicht nur völlig unrealistisch, sondern als ideologisches Wunschbild zugleich völker- und kulturenfeindlich.

Die Alternative für Deutschland in Rheinland-Pfalz bekennt sich demgegenüber zur kulturellen Vielfalt, zum Stolz auf die eigene Kultur, das eigene Land und den europäisch-abendländischen Kulturraum. Ein gleichmacherischer Multikulturalismus liegt ihr fern, stattdessen vertritt sie Heimatliebe, Geschichts- und Nationalbewusstsein sowie die Berücksichtigung regionaler Interessen durch historisch gewachsene föderale Strukturen.

Nicht zuletzt setzen wir uns in einer häufig von materialistischen Interessenlagen bestimmten Zeit für eine aktivere identitäts- und wertebezogene Kulturpolitik ein. Diese soll zugleich geschichtsbewusst wie

zukunftsgewandt sein und die Hochkultur ebenso umfassen wie die Breitenkultur. Dabei steht die AfD Rheinland-Pfalz eindeutig zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert und in der Romantik spirituell erweitert wurden, und drittens dem römisch-germanischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt.

I. DEUTSCHE SPRACHE

Unsere Nationalkultur ist untrennbar verbunden mit der über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprache. Diese spiegelt auf vielfältigste Weise die Geistesgeschichte, das Selbstverständnis dieses Raumes in der Mitte Europas und die Werthaltungen der Deutschen wider, die sich zwar stets verändern, aber dennoch einen einzigartigen Kernbestand aufweisen. Das Band der Sprache ist im allgemeinen Bewusstsein zu halten und zu schützen. Als zentrales Element deutscher Identität muss das Deutsche dem Vorbild vieler anderer Länder folgend als Staatssprache im Grundgesetz festgeschrieben werden. Darüber hinaus fordert die rheinland-pfälzische AfD einen Aktionsplan, um die deutsche Hochsprache sowie die zahlreichen mundartlichen Varianten mittel- und langfristig zu erhalten und zu stärken.

Die AfD tritt den hierzulande zu beobachtenden Absichten entgegen, die deutsche Sprache auf Behörden, in universitären Studiengängen und in der Bin-

nenkommunikation von Firmen im Sinne einer falsch verstandenen „Internationalisierung“ durch das Englische zu ersetzen. Auch halten wir die übermäßige Verwendung von Anglizismen als unwürdig für eine große Sprachgemeinschaft von weltweit immerhin fast 100 Millionen Menschen. Vorbildhaft erscheinen uns dagegen die alternativen sprachpolitischen Wege, wie sie von selbstbewussteren Völkern wie den Franzosen, den Polen oder den Finnen durch gesetzliche Maßnahmen gegen die Amerikanisierung ihrer Staatssprachen beschritten werden.

Das Deutsche wird in fast allen Lebensbereichen zunehmend durch Begriffe aus dem Englischen, besser gesagt aus dem US-amerikanischen Englisch verdrängt. Das ist als kulturelle Selbstentfremdung ebenso wie als Verzicht auf zukunftsgerichtete politische wie wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten zu deuten. Längerfristig gehen nicht nur identitätsbildende Faktoren, sondern auch ganz konkret ökonomische Marktanteile und der gleichberechtigte (nämlich durch die eigene Muttersprache gewährte) Zugang zu Forschung und Spitzentechnologien verloren, wenn vor allem in der Werbung, der Unterhaltungsmusik, den naturwissenschaftlichen und technischen Bereichen unserer Volkswirtschaft sowie im Sport das Deutsche an den Rand gedrängt wird.

Außerdem lehnen wir eine Instrumentalisierung unserer Sprache durch politisch korrekte Vorgaben oder geschlechterneutrale Ideologisierungen („Gender Mainstreaming“) entschieden ab, nicht nur, weil diese im Rahmen eines undemokratischen familienfeindlichen Gesellschaftsexperiments stattfindet. Die mit der teilweisen Leugnung der biologischen Geschlechter zugunsten sogenannter „sozialer Geschlechter“ einhergehenden begrifflichen und grammatikalischen Kunstgriffe sind in unseren Augen nicht zuletzt sprachästhetische Vergewaltigungen.

II. SPRACH- UND LESE-KOMPETENZ / SPRACHE ALS INTEGRATIONSMITTEL

In einer von Bilderwelten, Reizüberflutung, den Gefahren der digitalen Demenz und Selbstisolation sowie schwindendem Allgemeinwissen geprägten Zeit sind das Gespräch und die Kulturtechnik des Lesens gerade für junge Menschen ein unverzichtbarer Ausgleich. In den Augen der AfD bedürfen beide deshalb mehr denn je der Förderung, um Zusammengehörigkeits- und Sprachgefühl, Bildung, Urteils- und Kritikfähigkeit, Argumentations- und Konzentrationsvermögen, Phantasie und kulturelle Kontinuität zu stärken.

Vor diesem Hintergrund sind nationale Eigenheiten wie die deutsche Buchpreisbindung aus Sicht der AfD nicht verhandelbar, da diese die publizistische Vielfalt stärkt, für Preisstabilität sorgt und die zahllosen verschiedenen, auch kleineren Buchhandlungen am Ort gegenüber den großen Ketten und der internationalen Digitalwirtschaft von Amazon, Google & Co. schützt.

Darüber hinaus messen wir dem fortgeschrittenen Spracherwerb allerhöchste Priorität zu, wenn es um die gesellschaftliche Eingliederung integrationswilliger und -fähiger Zuwanderer geht. Durch die ungesteuerte Massenzuwanderung schwindet die Bindekraft der Aufnahmegesellschaft hinsichtlich ihrer Werte und kulturellen Ausdrucksformen, allen voran der angestammten Sprache. Sofern es unter diesen Bedingungen überhaupt gelingen sollte, den Migranten das Deutsche durch Sprachkurse und andere Integrationsmaßnahmen zu vermitteln, wird es sich in der Masse nur um unzureichende, keinesfalls einem muttersprachlichen Niveau vergleichbare Kenntnisse handeln.

III. KULTUR UND POLITIK, URHEBERRECHT

Kulturpolitik im engeren Sinn soll auch weiterhin in der Zuständigkeit der Bundesländer verbleiben.

Als AfD bekennen wir uns zum Gebot der Freiheit der Kunst, sehen diese jedoch zunehmend durch bürgerferne Subventionspraktiken und ideologische Vorgaben eingeschränkt. Die Kultur, die wir meinen, ist eine Kultur der Freiheit und menschlichen Kreativität. Ohne freien Meinungs- und Meinungsvielfalt entsteht keine Kultur, die diesen Namen verdient. Auch in ihrem Freiheits- und Kulturverständnis folgt die AfD strikt rechtsstaatlichen Vorgaben. Die Meinungsfreiheit muss in allen Teilen des Gemeinwesens für alle Bürger zur Geltung kommen. Deshalb wenden wir uns im Namen der Geistes- und Gesinnungsfreiheit gegen jede Form der staatlichen und medienbetriebenen Meinungs- und Kultursteuerung.

Im gegenwärtigen Deutschland wird die Kulturpolitik der Etablierten allerdings im Wesentlichen nicht durch staatliche Vorgaben umgesetzt, sondern durch eine gesinnungsgeleitete, sehr einseitige Personalpolitik. Das lehnen wir entschieden ab. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen, gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerschaftliche Initiativen stärken, allen voran das Vereinswesen, und die Kulturpolitik grundsätzlich mehr an den Wünschen der breiten Bevölkerung sowie an Qualitäts- und Finanzierungskriterien ausrichten. Wir halten ein gewisses Minimum an staatlichen Kultursubventionen für unumgänglich, wollen diese jedoch

an die selbst erwirtschafteten Einnahmen der Kulturbetriebe koppeln. Zu den wichtigen Errungenschaften der deutschen Kulturlandschaft zählt das seit dem 19. Jahrhundert entwickelte Urheberrecht. Es schützt das geistige Eigentum von Autoren und Künstlern und schafft vielfach erst die Bedingungen, um literarisches oder wissenschaftliches Kulturgut hervorzubringen, das auf hochspezialisiertem Wissen und jahrelanger Übung beruht. Die AfD setzt sich für die Pflege und Weiterentwicklung dieses Rechts unter den neuen Bedingungen der digitalen Ära ein. In diesem Rahmen wollen wir eine Rechtslage schaffen, die der teilweise faktischen Enteignung geistigen Eigentums, die von der Europäischen Union angesprochen und durch das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 16. April 2015 (Az.: I ZR 69/11 - Elektronische Leseplätze II) gebilligt wurde, ein Ende bereitet. Wir setzen uns im Weiteren dafür ein, der Digitalisierung und kommerziellen Ausbeutung deutschen Kulturguts durch internationale Medienkonzerne entgegenzutreten.

IV. HEIMATBEWUSSTSEIN

Die Alternative für Deutschland sieht sich als Schützerin und Vorkämpferin heimatlicher Interessen und bekennt sich uneingeschränkt positiv zum Bedürfnis nach kultureller Verortung. Der Begriff der „Heimat“ verbindet sich aufs engste mit der örtlichen Landschaft, der Muttersprache und deren mundartlichen Varianten, der besonderen Geschichte sowie charakteristischen Ortsbildern der jeweils eigenen Region und nicht zuletzt den gewachsenen Wertvorstellungen, Sitten und Traditi-

onen. Das individuelle Heimatverständnis kann sehr unterschiedlich ausfallen, ist aber stets verknüpft mit bestimmten geographisch-kulturellen Räumen und tiefverwurzelten „Wir“-Gefühlen. Heimat ist alles andere als beliebig und kann nicht rein rational oder in kurzer Zeit quasi administrativ erworben werden.

Dementsprechend sind wir der Meinung, dass ein kleinerer Teil von Zuwanderern aus anderen Ländern und vor allem aus fremden Kulturräumen hierzulande vielleicht eine neue Heimat finden kann, dass dies aber nur in einem langfristigen und schwierigen Anpassungsprozess an die deutsche Leitkultur gelingen wird.

Die Alternative für Deutschland fordert mit Blick auf die gesamte Bevölkerung die flächendeckende Wiedereinführung eines an früheren Standards ausgerichteten Faches „Heimatkunde“ an den rheinland-pfälzischen Schulen. Ergänzend bedarf es einer wieder stärker an den traditionellen Inhalten orientierten Umgestaltung der Lehrangebote im Studienfach Volkskunde (Vergleichende Kulturwissenschaft / Europäische Ethnologie).

V. ERINNERUNGSKULTUR, STADTENTWICKLUNG, MUSEEN, DENKMALSCHUTZ

Mit aller Deutlichkeit wendet sich die AfD gegen die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus. Stattdessen fordern wir eine umfassend erweiterte Geschichtsbetrachtung, die auch positive Aspekte der eigenen National- bzw. Regionalgeschichte und -kultur identitätsstiftend umfasst.

Wir setzen uns für ein ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein und eine lebendige Erinnerungskultur ein. Vor diesem Hintergrund sehen wir in einer vielfältigen bürgernahen Museumslandschaft und der Pflege von Denkmälern und Gedenktagen ein starkes gesamtstaatliches Interesse. Auch das weitgefächerte Vereins- und Stiftungswesen ist als prägende Besonderheit deutscher Kultur von nationalem Interesse, zumal es auch in sozialer Hinsicht wertvolle Dienste leistet.

Die Entwicklung unserer Orts- und Stadtbilder muss sich am Gebot der Kontinuitätswahrung und -herstellung richten. Modernisierungen sollen die gewachsenen Strukturen sinnvoll ergänzen. Dabei ist stets zu prüfen, ob die in Kriegs- und Nachkriegszeit mutwillig zerstörten Architekturelemente in restaurativer oder modernisierter Form ein Leitbild sein können. Architektur und Heimat bedingen einander. Der vielerorts immer noch sichtbare Identitätsverlust der Kommunen durch die dramatischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts soll durch eine „organische“ Erneuerung unter Berücksichtigung des gesetzlichen Einfügungsgebotes bei gleichzeitiger Instandhaltung überlieferter Bausubstanz korrigiert werden. Im Zuge einer solchen behutsamen Baukultur kommt der geschichtsbewussten Denkmalpflege ebenso ein hoher Rang zu wie dem Konzept des Ensembleschutzes.

Die Prinzipien einer positiven Erinnerungskultur und der Kontinuitätswahrung sind auch auf die Weiterentwicklung von Museen, Ausstellungen und Archiven in Rheinland-Pfalz anzuwenden. Vorübergehende politisch-ideologische Vorgaben dürfen weder in Inhalten noch in Namensgebun-

Kulturprogramm der Alternative für Deutschland in Rheinland-Pfalz

gen und auch nicht über unmäßige didaktische Anpassungen zu einer Entfremdung von den durch die Sammlungsbestände und Forschungstraditionen der jeweiligen Einrichtungen vorgegebenen Kernaufgaben führen. Fehlentwicklungen wie sie zum Beispiel in Baden-Württemberg am einstigen Deutschen Volksliedarchiv in Freiburg (heute: Zentrum für Populäre Kultur und Musik) zu beobachten waren, sollten zu einem behutsamen Umgang mit dem kulturwissenschaftlichen Erbe etwa am Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde in Kaiserslautern mahnen. Didaktisch-methodische Anpassungen an die Bedürfnisse digital und visuell geprägter Generationen sind unabdingbar, sie stehen allerdings in einem Spannungsfeld zu den museumspädagogischen Gewohnheiten und Erwartungen der älteren, eher text- und wissensorientierten Generationen. Hier geht es darum, einen für möglichst viele Bürger annehmbaren Ausgleich zu finden, der unsere nationale wie regionale kulturelle Substanz umfassend zukunftsfähig macht.

VI. VERTRIEBENE, AUSSIEDLER, AUSLANDSDEUTSCHE

Die AfD würdigt die Beiträge aller deutscher Landsmannschaften und Regionen zur gemeinsamen Kultur. Auf der Grundlage des Bundesvertriebenen-Förderungsgesetzes (§ 96 BVFG) soll auch das Kulturerbe der historischen deutschen Siedlungsgebiete in Mittel- und Osteuropa gepflegt und die Bedeutung für alle Deutschen und für Europa sichtbar gemacht werden, insbesondere im Schulunterricht. Ebenso gilt es, die besonderen historischen und kulturellen Prägungen der Aus-

siedler, also von Russlanddeutschen, Oberschlesiern, Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, Ungarndeutschen u. a., im Bewusstsein der binnendeutschen Bevölkerung zu verankern.

„Ebenso gilt es, die besonderen historischen und kulturellen Prägungen der Aussiedler, also von Russlanddeutschen, Oberschlesiern u. a. im Bewusstsein der binnendeutschen Bevölkerung zu verankern.“

Darüber hinaus unterstützen wir ausdrücklich Bestrebungen kommunaler deutscher Gebietskörperschaften, die Partnerschaften zu historisch ostdeutschen Kreisgemeinschaften wiederzubeleben, die grenzübergreifende Partnerschaftsarbeit zu Kommunen mit historischen deutschen Wurzeln oder sogar mit deutscher Minderheit zu stärken und deren Brückenbauerfunktion zu nutzen. Wahrer europäischer Geist wächst von unten und wird nicht von oben verordnet. Dabei sollte auch schmerzhaftes Geschichte Teil der Partnerschaftsarbeit sein, um eine wahrhaftige Verständigung und Annäherung ohne Bruchstellen zu ermöglichen.

Jenseits dieser nationalen Akzentuierung sehen wir in grenzübergreifenden Orts- und Regionalpartnerschaften ein zu förderndes bürgernahes Instrument zur Stärkung nicht nur europäischer Gemeinsamkeiten, sondern der Völkerverständigung ganz allgemein.

Aus rheinland-pfälzischer Sicht verdienen die Zielgebiete jener nach Hunderttausenden zählenden Auswanderer eine besondere Beachtung, die es aus diesem Raum vornehmlich im 18. und 19. Jahrhundert nach Nordamerika, aber beispielsweise auch nach Brasilien, Ungarn, Galizien oder Russland zog. Neben den Schwaben haben gerade die Pfälzer und Hunsrücker wohl den größten Anteil an der deutschen Auswanderung.

VII. MUSIKKULTUR UND THEATER

Das gemeinsame Singen und Musizieren im Rahmen des Schulunterrichts oder in den zahlreichen Chören und Orchestern im Land ist ein zentrales Element breitenwirksamer Kulturpolitik. Es fördert nicht nur die Musikalität, bewirkt Gemeinschaftsgefühl und soziale Kompetenzen, sondern gilt nach einhelliger Ansicht von Medizinern auch als gesund.

Was die Spielpläne an den Theatern und Opernhäusern des Landes angeht, so müssen diese die Verbreitung der wesentlichen Inhalte des deutschen Geisteslebens und der deutschen Nationalkultur zum Kernziel haben, aber selbstverständlich immer wieder auch die zeitenübergreifenden großen Persönlichkeiten und bedeutenden Werke der europäisch-abendländischen und weltweiten Kultur ins Bewusstsein rücken.

Auswüchse wie ein hochsubventioniertes, von den Interessen des Publikums mitunter vollkommen abgehobenes Regietheater sind mittels anderer Finanzierungsvorgaben zu beseitigen.

VIII. FILMFÖRDERUNG

Die Filmförderung ist nicht zuletzt als Kulturförderung zu betrachten und keinesfalls als reine Wirtschaftsförderung. Sie soll sich auf den eigentlichen Sinn der Unterstützung heimischen Filmschaffens beschränken, weshalb internationale Filmproduktionen nach unserer Ansicht nicht mit deutschen Steuergeldern zu subventionieren sind.

Das System der deutschen Filmförderung ist unübersichtlich, teuer und ineffizient. Die Förderlandschaft muss deshalb reformiert und vereinfacht werden. Filmförderungen müssen unabhängig von einseitig gesteuerten Interessengruppen in Gremien vergeben werden. Die Vielfalt des Schaffens soll durch eine intensiviertere Referenzförderung, also die Vergabe finanzieller Unterstützungen nach festgelegten Vorgaben und nicht über versteckte ideologische Einflussnahmen, gestärkt werden.

Internationale, vorwiegend US-amerikanische Produktionen beherrschen seit langem die Kinolandschaft in Deutschland. Es werden jedoch jedes Jahr viele einheimische Filme erstellt, die kaum einen Filmverleih finden. Die Einführung eines Mindestanteils für deutsche Produktionen nach französischem Vorbild würde es einem breiten Publikum ermöglichen, mehr heimische Produktionen zu sehen. Außerdem würde sie hiesige Filmschaffende stärken.

Der Stellenwert der Filmförderung in Rheinland-Pfalz, dem einzigen Bundesland ohne eigene Landesfilmförderung, ist unzureichend.

Alternative für Deutschland (AfD)
Rheinland-Pfalz

www.alternative-rlp.de



www.facebook.com/afdrheinlandpfalz

Ansprechpartner:

Martin Louis Schmidt, MdL
Kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion
martin.schmidt@afd.landtag.rlp.de

V.i.S.d.P.: Joachim Paul | AfD-Landesgeschäftsstelle Rheinland Pfalz
Schusterstr. 22 | 55116 Mainz